



Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Rechtsausschusses

Seite 1 von 1

07. 02. 2022

Aktenzeichen
4021 E - Z. 1/21-z
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter:
Herr Dr. Westhoff
Telefon: 0211 8792-253

91. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 9. Februar 2022

Bericht zu TOP „Rechtsextremismus-Verdachtsfälle im Geschäftsbereich des Justizministeriums“

Anlagen

- 1 Bericht
- 1 Schriftstück
- 1 tabellarische Übersicht

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Rechtsausschusses übersende ich einen öffentlichen Bericht nebst Anlagen zu dem o. g. Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Biesenbach

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf
Telefon: 0211 8792-0
Telefax: 0211 8792-456
poststelle@jm.nrw.de
www.justiz.nrw



**Ministerium der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen**

**91. Sitzung des Rechtsausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 9. Februar 2022**

Schriftlicher Bericht zu TOP

**„Rechtsextremismus-Verdachtsfälle im Geschäftsbereich des
Justizministeriums“**

Bei den in der Vorlage 17/6340 vom 18. Januar 2022 seitens des Ministeriums der Justiz genannten Verdachtsfällen wurde keiner bereits in der Vorlage 17/950 vom 2. Juli 2018 erwähnt.

Eine umfassende Datenerhebung einschließlich der nachgeordneten Bereiche war in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich. Aus der allein möglichen händischen Auswertung der im Ministerium der Justiz bekannten Vorgänge haben sich für den Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum Stichtag 31. Januar 2022 33 Verdachtsfälle im Sinne nicht bereits getigelter disziplinar-, beamten- oder arbeitsrechtlicher Verfahren ergeben. In zehn Verfahren sind Disziplinarmaßnahmen verhängt worden. Drei Verfahren wurden eingestellt. 20 Verfahren sind noch nicht abgeschlossen. Die betreffenden Personen arbeiten bzw. arbeiteten in den Bereichen der Gerichte (16), der Staatsanwaltschaft (1) und des Justizvollzugs (16).

Bezüge der Verdachtsfälle zu rechtsextremen Organisationen einschließlich der „Reichsbürger“-Bewegung sind nicht bekannt.

Die Informationen erfolgten im Berichtswege.

Die Kenntniserlangung des Ministeriums der Justiz wird durch Berichtspflichten sichergestellt.

Der Abschlussbericht der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei in NRW“ ist vornehmlich polizeispezifisch. Unabhängig davon sind die Anstrengungen um die Sensibilisierung der Bediensteten der Justiz NRW zu den Themen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus im Rahmen der Aus- und Fortbildung deutlich intensiviert worden. Das 2018 errichtete Zentrum für Interkulturelle Kompetenz der Justiz NRW in Essen (ZIK) bearbeitet diesen in der Fortbildung bedeutsamen Themenkomplex mit höchster Priorität. Den im vergangenen Jahr veröffentlichten Abschlussbericht, in dem im Hinblick auf die Aus- und Fortbildung u. a. die Stärkung von Inhalten zu interkultureller Kompetenz und politischer Bildung empfohlen werden, hat das ZIK zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Sensibilisierung der Justizbediensteten für Extremismus, Rassismus und Antisemitismus und für damit zusammenhängende Phänomene wie Stereotype und Vorurteile, Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie die Stärkung interkultureller Kompetenzen haben in den Fortbildungsbemühungen des ZIK einen hohen Stellenwert. Zum derzeitigen Stand der Fortbildungsaktivitäten wird auf den Bericht des ZIK vom 29. November 2021 (**Anlage 1**) verwiesen.

Das Fortbildungsprogramm wird fortlaufend weiterentwickelt, wofür auch der Austausch mit Netzwerkpartnern bedeutsam ist. In der fachlichen Arbeit steht das ZIK im Austausch mit zivilgesellschaftlichen und kommunalen Institutionen und Beratungsstellen wie etwa der Beratungsstelle SABRA – Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit/Beratung bei Rassismus und Antisemitismus, der Mobilen Beratung gegen

Rechtsextremismus NRW oder der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie der Stadt Dortmund, um neue Impulse aufzunehmen und den aktuellen Herausforderungen noch besser gerecht zu werden.

Seit Ende 2020 führt das ZIK ein großangelegtes, von der Stiftung Mercator gefördertes Fortbildungsprojekt zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz mit dem Ziel durch, kultur- und diskriminierungssensiblen Umgang zu stärken. Auch im Bereich primär interkultureller Fortbildungen spielt die Sensibilisierung für Stereotype, Vorurteile und Diskriminierung eine bedeutsame Rolle und dient somit mittelbar auch den hier in den Blick genommenen Zielen. Im Rahmen der schwerpunktmäßigen Arbeit im Bereich Antisemitismus unterstützen namhafte Partner der Antisemitismusarbeit die Bestrebungen des ZIK, ein umfassendes Sensibilisierungsprogramm anzubieten.

Derzeit unterstützt das ZIK das Ministerium der Justiz NRW sowie die justizeigenen Ausbildungsstätten bei der Implementierung eines Themenkomplexes „Demokratie- und Rechtsstaatsbildung“ in die justizinterne Ausbildung. Die künftigen Justizbediensteten sollen so schon frühzeitig insbesondere für die Bereiche Diversität, interkulturelle Kompetenz, Extremismusprävention und Nichtdiskriminierung sensibilisiert und ihre Handlungs- und Kommunikationskompetenzen gestärkt werden. Die Sensibilisierung für Antisemitismus stellt hier ein wichtiges Schwerpunktthema dar.

Das ZIK hat zu diesem Zweck ein Rahmenkonzept zur Implementierung des o. g. Themenbereichs in das Studium der Rechtspflege sowie den Ausbildungsgang Justizwachtmeisterdienst erstellt. Die Integration von gesonderten Unterrichtsmodulen in die Ausbildung auf Basis dieses Rahmenkonzepts wird derzeit pilotiert. Die Oberlandesgerichte werden nun in die weiteren Planungen einbezogen, um diesen Themenkomplex voraussichtlich ab 2023 sukzessive als festen Bestandteil in die Ausbildungsgänge integrieren zu können. Für nähere Einzelheiten wird auf den Bericht des ZIK Bezug genommen (**Anlage 1**). Entsprechende Maßnahmen sind auch für die Ausbildungsgänge im Bereich des Justizvollzuges in Aussicht genommen.

Ergänzend zu den vorgenannten Schulungen werden auch die historischen Wurzeln des Antisemitismus und des Extremismus insbesondere in der NS-Zeit in verschiedenen Fortbildungen und weiteren Veranstaltungen wie etwa Symposien der Dokumentations- und Forschungsstelle „Justiz und Nationalsozialismus“ betrachtet. In den von der Dokumentations- und Forschungsstelle organisierten Veranstaltungen wird schwerpunktmäßig auf die Rolle der Justiz in der NS-Zeit und die Aufarbeitung des NS-Unrechts durch die Nachkriegsjustiz eingegangen. Zudem werden, wo es sich thematisch anbietet, – in enger Zusammenarbeit mit dem ZIK – Bezüge zur Gegenwart hergestellt und insgesamt eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen und der Entstehung von antisemitischen und extremistischen Einstellungen in der Gesellschaft gefördert.

Die von der Dokumentations- und Forschungsstelle „Justiz und Nationalsozialismus“ im Jahr 2021 durchgeführten und für das Jahr 2022 geplanten Veranstaltungen ergeben sich aus der Anlage (**Anlage 2**). Hinzu kommen weitere, kürzere Fortbildungseinheiten, die in andere Seminare integriert sind.

Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes NRW vom 9. November 2021 (GV. NRW S. 1190) ist ein neuer § 7 Absatz 2 Satz 2 Juristenausbildungsgesetz (JAG) eingefügt worden. Dieser lautet: „Im gesamten Studium ist gerade vor dem Hintergrund des nationalsozialistischen Unrechts die Fähigkeit zur kritischen Reflexion des Rechts einschließlich seines Missbrauchspotentials zu fördern.“ Diese zum 17. Februar 2025 in Kraft tretende Vorschrift gilt unmittelbar für das Studium. Hier werden die Universitäten weitergehend als bisher entsprechende Angebote schaffen müssen. Dies wird Gegenstand von Besprechungen mit den jeweiligen Dekaninnen und Dekanen der juristischen Fakultäten sein. Insbesondere die kritische Reflexion des Rechts wird dabei im Mittelpunkt stehen, damit zukünftige Juristengenerationen nicht nur das juristische Handwerkszeug beherrschen, sondern auch die gefundenen Ergebnisse im Hinblick auf eine rechtsstaatliche Ausgestaltung kritisch hinterfragen können.

Diese Regelung wird des Weiteren auch für den juristischen Vorbereitungsdienst Bedeutung haben. Hier ist geplant, die kritische Reflexion und die Behandlung der Mechanismen des nationalsozialistischen Unrechtsregimes in die Ausbildung zu integrieren. Hierzu sind neben dem bereits erfolgten Ausbau der bereits bestehenden Fortbildungsangebote für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare zu dem Themenkomplex der Justiz im Dritten Reich (**Anlage 2**) spezielle Pflichtveranstaltungen, insbesondere im Einführungslehrgang geplant, etwa in Form von Vorträgen, Exkursionen zu lokalen Gedenkstätten etc.

Ein Austausch mit dem Ministerium des Innern über mögliche Weiterentwicklungen der hiesigen Konzepte und den potentiellen Mehrwert für die justizspezifische Arbeit wird in den Blick genommen.

Anlage 1 zum Bericht zu TOP „Rechtsextremismus-Verdachtsfälle im Geschäftsbereich des Justizministeriums“

91. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 9. Februar 2022

Die Leiterin der Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen
- Zentrum für interkulturelle Kompetenz der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen -



Zentrum für interkulturelle Kompetenz der Justiz NRW
Lindenallee 60-62 · 45127 Essen

Seite 1 von 8

- Elektronische Post -

29.11.2021

Ministerium der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen
40190 Düsseldorf

Geschäftsnummer

bei Antwort bitte angeben

Dr. Jessica Schrunner
Leitung
Zentrum für Interkulturelle
Kompetenz der Justiz NRW
Durchwahl
0201 74992-208

Nachrichtlich

Justizakademie des Landes NRW
Die Leiterin

Entschließungsantrag „Rechtsextremismus konsequent bekämpfen – sicherheitsorientiert, präventiv und demokratiefördernd“

Bericht des Zentrums für Interkulturelle Kompetenz der Justiz NRW zum aktuellem Sachstand und Zeitrahmen der Umsetzung der Aus-, Fort- und Weiterbildung im Bereich Extremismus, Rassismus und Antisemitismus in der Justiz NRW

Das *Zentrum für Interkulturelle Kompetenz der Justiz NRW (ZIK)* in Essen bietet zahlreiche Fortbildungen an, die die Sensibilisierung der Justizbediensteten für Extremismus, Rassismus und Antisemitismus und für damit zusammenhängende Phänomene wie Stereotype und Vorurteile, Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Ungleichwertigkeitsideologien sowie die Stärkung interkultureller Kompetenzen zum Ziel haben. Beobachtungen gesellschaftlicher Entwicklungen durch das Zentrum für Interkulturelle Kompetenz der Justiz NRW fließen stetig in die Arbeit und in die Entwicklung neuer Fortbildungsformate ein und stellen die Aktualität der Maßnahmen sicher.

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Lindenallee 60-62
45127 Essen
Telefon 0201 74992-200
Telefax 0201 74992-202

zik@jak.nrw.de

www.jak.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
bis Essen Hbf., dann 10
Minuten Fußweg;
oder ab Essen Hbf. U-Bahn-
Linien U11, U17, U18
(Richtung „Berliner Platz“, „E.-
Altenessen“, „Ge.-Buerer Str.“
oder „Karlsplatz“) bis
Haltestelle "Hirschlandplatz"



Seite 2 von 6

Im Folgenden werden einschlägige Fortbildungsaktivitäten des ZIK sowie beratende Tätigkeiten im Bereich der justiziellen Ausbildung exemplarisch vorgestellt.

Zum Bereich Rechtsextremismus wurde eine neu konzipierte Fortbildungsreihe in Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz NRW in das Programm aufgenommen, die allen Bediensteten im Justizvollzug angeboten wird. In der Fortbildung unter dem Titel „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ werden Informationen zu Erscheinungsformen von Rechtsextremismus vermittelt; die Teilnehmenden werden zudem mit den Programmen „VIR (Veränderungs-Impulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen)“ sowie „Spurwechsel – Aussteigerprogramm Rechtsextremismus des Landes NRW“ bekanntgemacht. Die Veranstaltung wurde 2021 zum ersten Mal durchgeführt und soll sukzessive in allen Justizvollzugsanstalten als Inhouse-Veranstaltung angeboten werden. In einer weiteren, erstmals für Ende 2021 terminierten Veranstaltung unter dem Titel „Extremismus und Prävention in NRW“ werden Wachtmeisterinnen und Wachtmeister über wichtige Themenfelder wie Rechtsextremismus, Islamismus, Linksextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Verschwörungsmythen und „Fake News“ informiert.

In Zusammenarbeit mit dem Verein IFAK e. V. und dem dort angesiedelten Präventionsprojekt „re:vision“ werden Fortbildungen für den allgemeinen Vollzugsdienst angeboten, die zum einen diskriminierungssensibles Handeln und zum anderen ein phänomenübergreifendes Erkennen von Radikalisierungstendenzen thematisieren.

Erstmals im Dezember 2020 wurde die Veranstaltung „Hasskriminalität im rechtsextremen Kontext“ für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte durchgeführt, welche die Strafverfolgung rechtsextremer und rassistisch motivierter vorurteilsgeleiteter Straftaten in den Blick nimmt. Die Veranstaltung wird in 2021 erneut aufgelegt und weiterentwickelt, u. a. durch einen stärkeren Akzent auf der Einbeziehung von Opferperspektiven und den Erfahrungen Betroffener mit Strafverfolgungsbehörden.

In Zusammenarbeit mit der Amadeu Antonio Stiftung bietet das ZIK eine regelmäßige Fortbildungsveranstaltung zum Phänomen der sogenannten „Reichsbürger“ an, in der die Rolle von Verschwörungsideologien,



Seite 3 von 6

Antisemitismus und Rechtsextremismus thematisiert und Handlungsstrategien besprochen werden.

Fortbildungsangebote zum Bereich Rassismus werden vom ZIK in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Trägern (IFAK e. V., Mobile Beratung Rechtsextremismus, Diversity Works) angeboten. Zudem steht das ZIK derzeit mit verschiedenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen im Austausch, um entsprechende Fortbildungsformate weiterzuentwickeln.

In Zusammenarbeit mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus NRW wurde erstmals 2019 ein Seminar mit dem Titel „Strategien gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ durchgeführt, das Bedienstete aus der Perspektive der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit für entsprechende Phänomene sensibilisiert und u. a. auch Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus thematisiert. Ein regelmäßiges Angebot der Veranstaltung wird angestrebt.

Ende 2020 hat das ZIK ein großangelegtes Projekt gestartet, um neue interkulturelle Fortbildungskonzepte zu entwickeln. Das Projekt mit dem Titel „Diversität und Justiz in NRW – Interkulturalität in der Rechtspraxis“ wird von der Stiftung Mercator gefördert, als Projektträger für die Entwicklung interkultureller Fortbildungen konnte das Kölner Institut für interkulturelle Kompetenz e. V. (KIJK) gewonnen werden. Das wesentliche Ziel besteht darin, einen migrations-/kultursensiblen und diversitätsbewussten Umgang der Justizbediensteten mit unterschiedlichen Zielgruppen zu fördern und die Handlungssicherheit der Justizangehörigen in interkulturellen Interaktionssituationen zu erhöhen. Die Entwicklung der Fortbildungen wird von einer systematischen, wissenschaftlich gestützten Anforderungsanalyse flankiert, die dem Ziel dient, künftige Fortbildungen möglichst zielgerichtet auf den Bedarf spezifischer Berufsgruppen auszurichten. Auch im Bereich primär interkultureller Fortbildungen spielt die Sensibilisierung für Stereotype, Vorurteile und Diskriminierung eine bedeutsame Rolle und dient somit mittelbar auch den hier in den Blick genommenen Zielen.

Ein zusätzlicher Weg, die Sensibilisierung für Vorurteile und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit voranzutreiben, sind Fortbildungsformate, die darauf abzielen, die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass diskriminierende Äußerungen nicht unwidersprochen hingenommen werden. Ein bereits seit einigen Jahren erprobter Ansatz ist das von Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer entwickelte *Argumentationstraining gegen*



Seite 4 von 6

Stammtischparolen.¹ Das ZIK bietet den Justizbediensteten seit 2019 entsprechende Fortbildungen mit Referentinnen und Referenten an, die im Anbieternetzwerk organisiert sind und sich an den entsprechenden Qualitätsstandards orientieren.

Schwerpunkt Antisemitismus

Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit des ZIK lag in der jüngeren Vergangenheit auf dem Bereich des Antisemitismus, in dem das ZIK durch eine Anpassung und Weiterentwicklung der bestehenden Fort- und Weiterbildungskonzepte, die die Bekämpfung des Antisemitismus bereits als Gegenstand haben, sowie durch die Entwicklung neuer Formate und durch neugeschlossene Partnerschaften im Bereich der Antisemitismusarbeit auf aktuelle Herausforderungen reagiert hat.

In den Bereichen der Fort- und Weiterbildung zum Thema Antisemitismus ist aufgrund der vielfältigen Arbeitsbereiche innerhalb der Justiz und der daraus resultierenden unterschiedlichen Berührungspunkte mit Bürgerinnen und Bürgern ein mehrdimensionaler und interdisziplinärer Ansatz gefordert, der den Blick nach innen auf die Justizbeschäftigten und nach außen auf Bürgerinnen und Bürger richtet. Dieser Bildungsansatz stärkt nicht nur die Strafverfolgung als Kernaufgabe der Justiz, sondern forciert gleichzeitig eine ganzheitliche Sensibilisierung zum Thema Antisemitismus in der Justiz. Beide Aspekte – die Sensibilisierung für antisemitische Einstellungen und Diskriminierungen im Hinblick auf alle Justizbediensteten sowie die Sensibilisierung der Strafjustiz im Besonderen – werden dementsprechend als Kernbereiche der Fortbildung in den Blick genommen.

Durch diese neuen Partnerschaften mit renommierten Bildungsträgern (z.B. SABRA Düsseldorf, Yad Vashem etc.) und einen engen Austausch mit diesen stellt das ZIK unter Berücksichtigung aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen eine ganzheitliche Wissensvermittlung zum Thema Antisemitismus sicher.

Geplant ist die Entwicklung neuer Fortbildungen und Formate wie z. B. die Adaption des von SABRA entwickelten virtuellen Methodenkoffers

¹ Vgl. Hufer, K.-P. 2016: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen, 10. Aufl., Wochenschau Verlag; Wenzel, F. / Boeser, C. 2019: Qualitätsstandards für „Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen“. Handreichung. Personen, Positionen & Perspektiven. Netzwerk Politische Bildung Bayern



Seite 5 von 6

malmed für Train-the-Trainer-Schulungen in den justizeigenen Ausbildungsstätten und Austauschformate mit der jüdischen Zivilgesellschaft. Wichtige Zielsetzungen der Fortbildungsformate sind zum einen die justizspezifische Relevanz, zum anderen die verstärkte Einbeziehung der jüdischen Perspektive auf Antisemitismus, indem ein Dialog mit Betroffenen gefördert wird und Jüdinnen und Juden in einem direkten Austausch beteiligt werden.

Die inhaltliche Ausrichtung der Fortbildungen in der Justiz NRW legt den Blick auf Antisemitismus mit Abgrenzung der Spezifika von Antisemitismus von den Spezifika anderer Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, denn häufig wird Antisemitismus unter Rassismus subsumiert, obwohl es wichtige Alleinstellungsmerkmale gibt. Antisemitismus wird somit nicht als ein Thema von vielen, sondern als eigenes Modul unterrichtet – dies ist auch eine Forderung aus dem zweiten Bericht der Antisemitismusbeauftragten des Landes NRW (S. 40). Antisemitismus klar zu benennen bedeutet Wertschätzung der jüdischen Gemeinschaft und der jüdischen sowie nicht-jüdischen Akteurinnen und Akteure in der Antisemitismusarbeit. Die Umsetzung und Förderung eines sensibleren Sprachbewusstseins wirkt präventiv in die Justiz hinein und schärft den Blick der Justizbeschäftigten für das Erkennen von Extremismen.

Als erste konkrete Beispiele für neue, mit dem beschriebenen ganzheitlichen Ansatz entwickelte Fortbildungsformate können etwa die folgenden Veranstaltungen genannt werden:

- SABRA Düsseldorf führte im Ausbildungszentrum der Justiz NRW, Nebenstelle Monschau, Anfang 2021 für die Gerichtsvollzieheranwärterinnen und Gerichtsvollzieheranwärter eine erste Schulung zum Thema Antisemitismus als Pilotveranstaltung durch. Im Herbst 2021 wurde die Gruppe der Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister geschult.
- Gemeinsam mit dem Verfassungsschutz NRW werden Fortbildungen zum Thema Antisemitismus und Rechtsextremismus durchgeführt. Eine erste Pilotveranstaltung für die Berufsgruppe der Wachtmeisterinnen und Wachtmeister findet im Dezember 2021 statt.
- Die internationale Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Israel wird im Jahr 2022 eine Online-Pilotveranstaltung mit Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten durchführen, in der ein virtueller Rundgang durch Yad Vashem



Seite 6 von 6

- mit Informationen über aktuelle Antisemitismusformen in Deutschland verbunden wird.
- In Kooperation mit der Dokumentations- und Forschungsstelle „Justiz und Nationalsozialismus“ in der Justizakademie der Landes NRW ist derzeit eine Fortbildung für Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte für das Jahr 2022 in Planung, die umfangreiches Wissen über den Antisemitismus – unter Einbeziehung der jüdischen Perspektive – vermittelt mit dem Ziel, die Einordnung antisemitischer Sachverhalte und Kontexte zu Straftaten zu unterstützen (Forderung aus dem zweiten Bericht der Antisemitismusbeauftragten des Landes NRW, Kap. 7.3 – Antisemitismus und Justiz) und einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.

Das ZIK hat zudem eine allen Justizangehörigen zugängliche Linksammlung mit weiterführenden Informationen zu dem Themenfeld Antisemitismus zusammengestellt. Hierüber besteht insbesondere Zugang zu den Hinweisen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus, die auch in Schulungen regelmäßig angesprochen werden.

Beratung im Bereich der justizinternen Ausbildung

Das Zentrum für Interkulturelle Kompetenz der Justiz NRW ist an die Justizakademie des Landes NRW als zentrale Fortbildungseinrichtung der Justiz angegliedert und hat seinen Schwerpunkt dementsprechend im Bereich der Fort- und Weiterbildung der Justizbediensteten. Es steht jedoch auch den justizeigenen Ausbildungseinrichtungen beratend zur Verfügung. Zu einzelnen Themen wurde von den Ausbildungseinrichtungen bereits ein entsprechender Bedarf geäußert. Derzeit unterstützt das ZIK das Ministerium der Justiz NRW sowie justizeigene Ausbildungsstätten (die Fachhochschule für Rechtspflege NRW und das angegliederte Ausbildungszentrum der Justiz NRW) bei der Implementierung eines Themenkomplexes „Demokratie und Rechtsstaatsbildung“ in die justizinterne Ausbildung, um die Ausbildung der künftigen Bediensteten insbesondere in Bereichen Diversität, interkulturelle Kompetenz, Extremismusprävention und Nichtdiskriminierung im Rahmen eines besonderen Unterrichtsmoduls zu verstärken. Auch hier stellt die Sensibilisierung für Antisemitismus ein wichtiges Schwerpunktthema dar.

Anlage 2 zum Bericht zu TOP „Rechtsextremismus-Verdachtsfälle im Geschäftsbereich des Justizministeriums“

91. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 9. Februar 2022

**Veranstaltungen Themenkreis Rechtsextremismus/NS-Unrecht 2021 und 2022
Dokumentations- und Forschungsstelle „Justiz und Nationalsozialismus“**

Online-Seminar - Justiz im Nationalsozialismus / Rechtsextremismus heute - ein Angebot für Rechtskunde-AG-Leiter	01.06.2021 - 02.06.2021
Online-Seminar - Vortrag zum Thema „Justiz und Nationalsozialismus“ für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare (RRef)	23.08.2021
Juristische Zeitgeschichte (RRef / Ri / StA)	06.10.2021 - 08.10.2021
Symposium „Justiz und Judentum“	18.10.2021 - 19.10.2021
75 Jahre Justiz NRW – Aufarbeitung der NS-Vergangenheit	30.11.2021
Justiz im Nationalsozialismus / Rechtsextremismus heute - ein Angebot für Rechtskunde-AG-Leiter	19.01.2022 - 20.01.2022
Justiz und Judentum (Ri / StA)	21.02.2022 - 23.02.2022
Zwischen Recht und Unrecht - Lebensläufe deutscher Juristen	23.02.2022 - 25.02.2022

Anlage 2 zum Bericht zu TOP „Rechtsextremismus-Verdachtsfälle im Geschäftsbereich des Justizministeriums“

91. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 9. Februar 2022

Veranstaltungen Themenkreis Rechtsextremismus/NS-Unrecht 2021 und 2022 Dokumentations- und Forschungsstelle „Justiz und Nationalsozialismus“

Juristische Zeitgeschichte (RRef / Ri / StA)	11.04.2022
	-
	13.04.2022
Referendartagung - Kritische Reflexion des Rechts (RRef)	11.07.2022
	-
	13.07.2022
Zwischen Recht und Unrecht - Deutsche Justizgeschichte im 20. Jahrhundert	11.09.2022
	-
	16.09.2022
Symposium der Dokumentations- und Forschungsstelle	17.10.2022
	-
	18.10.2022
Justiz und Judentum	14.11.2022
	-
	18.11.2022